

„Leistungsfähige Verkehrsnetze für ein starkes Ruhrgebiet“

**Positionspapier der Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet
anlässlich des IHK-Verkehrsforums Ruhr am 8. Mai 2006**

Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sind grundlegende Voraussetzung für eine positive Entwicklung der Gesellschaft, für die Standortsicherung und –verbesserung in der Wirtschaft, für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und für die Gewährleistung einer Wohlstand und Wachstum garantierenden Mobilität. Infolgedessen ist die Qualität der Verkehrsinfrastruktur einer Region ein entscheidendes Kriterium im internationalen Standortwettbewerb. Die vergleichsweise engmaschige Verkehrsinfrastruktur im Ruhrgebiet ist ein wichtiger Wettbewerbsvorteil der Region.

Für den europäischen Güter- und Wirtschaftsverkehr hat sich das Ruhrgebiet zu einem zentralen logistischen Dreh- und Angelpunkt entwickelt. Diese Standortgunst kann aber nur Grundlage für eine weitere positive Entwicklung sein, wenn alles daran gesetzt wird, nach wie vor bestehende Engpässe zügig zu beseitigen. Der permanente Wettbewerb der europäischen Wirtschaftsregionen und die damit verbundenen wachsenden Herausforderungen an den Wirtschaftsstandort Ruhrgebiet erfordern eine ständige Überprüfung und Optimierung der regionalen Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsangebote.

- Die A 40 stellt sicherlich den größten Engpass dar, weil sich hier Stadt-, Regional- und Fernverkehre überlagern. Es sind eine Vielzahl von Maßnahmen, insbesondere die Untertunnelung der B 1 im Stadtgebiet Dortmund notwendig, um der zu erwartenden steigenden Belastung Rechnung zu tragen.
- Dem Ruhrgebiet fehlen leistungsfähige Nord-Süd-Verbindungen. Trotz immenser Verkehrsbelastungen ist der notwendige Weiterbau der A 52 zwischen Gelsenkirchen-Buer über die A 2 und A 42 hinweg bis zur A 40 (Autobahnkreuz Essen-Ost) noch nicht gesichert. Ebenso ist der sechsstreifige Ausbau der A 43 zwischen dem Autobahnkreuz Recklinghausen und dem Autobahnkreuz Bochum/Witten sowie der sechsstreifige Ausbau der A 57 zwischen dem Autobahnkreuz Kamp-Lintfort (A 42) und dem Kreuz Merbusch (A 44) unumgänglich.

Darüber hinaus sind auch die rund 2.700 Kilometer Bundes- und Landesstraßen im Ruhrgebiet aufgrund ihrer Belastung in ihrer Leistungsfähigkeit stark eingeschränkt und bedürfen einer Anpassung an das gestiegene Verkehrsaufkommen.

Vor diesem Hintergrund wenden sich die Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet mit den nachstehenden Forderungen an sämtliche verkehrspolitischen Akteure, die für die Region verantwortlich zeichnen:

1. Mobilität schafft Wirtschaftswachstum. Daher ist für eine systematische Verstärkung der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen zu sorgen, um im internationalen Standortwettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben.
2. Die Straße ist das Rückgrat des Gesamtverkehrssystems. Als Konsequenz daraus ist die Investitionsquote für den Bundesfern- aber auch Landesstraßenbau deutlich zu erhöhen. Hierzu ist es in erster Linie unabdingbar, einen größeren Anteil als bisher der Mineralöl- und Kfz-Steuerereinnahmen von derzeit über 50 Mrd. Euro pro Jahr in die Straßeninfrastruktur zu re-investieren. Derzeit liegen die Gesamtausgaben von Bund, Ländern und Kommunen für das Straßennetz bei nur 17 Mrd. Euro, also etwa nur einem Drittel der durch den Straßenverkehr aufgebrauchten Steuerereinnahmen des Staates.
3. Durch überbordende konsumtive Ausgaben der öffentlichen Haushalte ist die staatliche Ebene offenbar allein nicht mehr in der Lage, die volkswirtschaftlich sinnvollen Infrastrukturinvestitionen zu tätigen. Ungeachtet der grundsätzlichen Forderung nach einer höheren Investitionsquote in den öffentlichen Haushalten ist daher die Entwicklung alternativer Finanzierungskonzepte unabdingbar. Damit könnte die finanzielle Abhängigkeit der Verkehrsinfrastruktur von den Unwägbarkeiten der öffentlichen Finanzetats durch die Erschließung und Inanspruchnahme flexiblerer Finanzierungsquellen unter Einbeziehung der Privatwirtschaft entschärft werden.

Fazit:

Um die zunehmenden Mobilitätsanforderungen der Wirtschaft und Bevölkerung des Ruhrgebietes langfristig zu sichern und die Position des Ruhrgebietes als führenden Logistikstandort in Europa zu festigen, ist eine Optimierung der bestehenden Verkehrsnetze unabdingbar. Neben einer nachhaltigen Verstärkung der Mittel für den Unterhalt sowie den Neu- und Ausbau kann es unter Einsatz neuer Planungs- und Finanzierungsinstrumente gelingen, die erforderlichen Netzanpassungen schneller und verlässlicher umzusetzen. Politik, Verwaltung und Wirtschaft sind aufgefordert, die bereits bestehenden Modellansätze gemeinsam weiterzuentwickeln.